

## **Frankreich: Rechtsaußen in der Offensive**

**Marine Le Pen landet, als Präsidentschaftskandidatin im kommenden Jahr, in jüngsten Umfragen bei 23 % respektive 24 % Stimm-Absichten. Unterdessen ist ein prominentes Exempel für eine Wanderung von Links nach Rechtsaußen zu verzeichnen: Ein CGT-Gewerkschafter, der ferner auch noch aus der radikalen Linken kommt (und ihr noch vor nicht allzu langer Zeit angehörte), kandidiert in Ostfrankreich für den Front National. Eine nicht unwesentliche Rolle bei seinem Frontenwechsel spielte offenkundig die fanatisch moslemfeindliche Publikation ‚Riposte Laïque‘. Inzwischen wurde, Mitte dieser Woche, noch ein zweiter Fall von Präsenz eines/r FN-Kandidat/in in Gewerkschaftsfunktionen bekannt, dieses Mal bei Force Ouvrière (FO). Und am gestrigen Donnerstag gab der rechte Front National die Gründung einer parteieigenen Gewerkschafterinitiative bekannt...**

**Aktuell buhlt die rechtsextreme Partei um Gewerkschafter, um frühere Linke und auch um Juden. Die aktuell grassierende Islam- respektive Moslemfeindschaft entfaltet offenkundig eine verheerende Dynamik. Es ist nicht der Antisemitismus, welcher in der aktuellen Konjunktur (anders als im späten 19. Jahrhundert) solche Wanderungen von Links zur extremen Rechten befördert - während in Deutschland eine aus Ex-Linken hervorgegangene Spinnersekte im Namen eines angeblich zugespitzten Anti-Antisemitismus die Annäherung an die europäischen Rechtsradikalenparteien predigt... (Vgl. am Schluss unseres Artikels)**

Am 5. Mai 1968 kam sie in Paris auf die Welt, doch außer dem Geburtsdatum und -ort hat sie nichts mit den Ideen des Pariser Mai gemeinsam. Ihren Namen erhielt sie vom Vater, der als Waisensohn eines bretonischen Fischermeisters - zu Tode gekommen durch einen Unfall mit einer Seemine im Zweiten Weltkrieg - aufwuchs. Jean-Marie Le Pen, so heißt der prominente Vater, war schon immer von Schifffahrt, Handels- und Kriegsmarine fasziniert. Seit der Gründung seiner Partei, des rechtsextremen Front National, im Oktober 1972 und noch bis im Januar dieses Jahres war er ferner deren ewiger Vorsitzender. Dann löste die jüngste seiner drei Töchter ihn ab, eben Marine.

Ihre Anhänger nennen sie oft „die nationale Marine“. Den Begriff hat die neue Parteivorsitzende jetzt selbst in witzig gemeinter Form aufgegriffen, und rief in der vergangenen Woche mehrfach nach „der nationalen Marine Frankreichs“, die endlich eingreifen sollte. Ihr Anliegen war allerdings überhaupt nicht witzig: Die französischen Truppen zu Wasser sollten Boote mit Migranten und Flüchtlingen aus Tunesien oder dem aktuell von Bürgerkriegskämpfen geschüttelten Libyen an der Ankunft hindern und „in internationale Gewässer“ - also auf hohe See - „zurückschicken“. Kurz, sie sollten dafür sorgen, dass die Leute in Ruhe ertrinken, aber bloß nicht auf europäischem Boden einlaufen. Dies forderte Marine Le Pen erstmals am 25. Februar 11 (vgl.

[http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-il-faut-repousser-les-migrants-dans-les-eaux-internationales-25-02-2011-1299694\\_20.php](http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-il-faut-repousser-les-migrants-dans-les-eaux-internationales-25-02-2011-1299694_20.php) ), und seither mehrfach. Inzwischen hat sich ihr, in zumindest ähnlicher Wortwahl, übrigens auch eine konservative französische Parlamentsabgeordnete zu Wort gemeldet. Die Abgeordnete Chantal Brunel (UMP) schlug am Dienstag – 08. März – vor, die Einwanderer, „die aus dem Mittelmeer kommen“, umgehend „auf die Boote zu setzen und zurückzuschicken“. Diese spektakulären Auslassungen riefen dann doch einige Reaktionen hervor und veranlassten ihren

Parteivorsitzenden Jean-François Copé – obwohl selbst ein Hardliner - schließlich dazu, sich von ihren Äußerungen zu distanzieren. (Vgl. u.a. [http://www.lepoint.fr/politique/des-propos-de-brunel-ump-sur-les-immigres-indignent-la-gauche-et-cope-08-03-2011-1304124\\_20.php](http://www.lepoint.fr/politique/des-propos-de-brunel-ump-sur-les-immigres-indignent-la-gauche-et-cope-08-03-2011-1304124_20.php)

oder [http://www.lepost.fr/article/2011/03/08/2427996\\_chantal-brunel-ump-propose-de-remettre-les-immigres-dans-les-bateaux.html](http://www.lepost.fr/article/2011/03/08/2427996_chantal-brunel-ump-propose-de-remettre-les-immigres-dans-les-bateaux.html) sowie, mitsamt kurzem Video vom Auftritt der Politikerin, <http://www.lefigaro.fr/politique/2011/03/08/01002-20110308ARTFIG00722-immigres-tolle-apres-les-propos-d-une-elue-ump.php>) Auch Präsident Nicolas Sarkozy soll ihre Auslassungen gegenüber seiner näheren Umgebung als „Dummheit“ bezeichnet haben. (Vgl. [http://www.lepost.fr/article/2011/03/10/2430714\\_sarkozy-condamne-les-propos-de-chantal-brunel-sur-les-immigres-c-est-une-connerie.html](http://www.lepost.fr/article/2011/03/10/2430714_sarkozy-condamne-les-propos-de-chantal-brunel-sur-les-immigres-c-est-une-connerie.html) )

Marine Le Pen hat die Abgeordnete inzwischen übrigens ihrerseits kritisiert: Ihr Vorschlag sei unpraktikabel, da er darauf hinauslaufe, die Boote in die Hoheitsgewässer der EU-Ländern hinein laufen zu lassen und die Migranten - wenn die Boote einmal in den Häfen eingelaufen seien - wieder zurückzuschicken. Dies verhindere aber das in der EU geltende Recht. Deswegen blieb sie bei ihrer Lieber-Ersaufen-Lassen-Option, verfeinerte sie jedoch, um sie doch noch als angeblich humane Politik verkaufen zu könne: Es gelte, ein „Drei-Staaten-Abkommen“ zwischen Frankreich, Italien und Spanien abzuschließen, damit „die Seestreitkräfte dieser Staaten die Migrantenboote bis hin zu den Küsten, von denen sie abgelegt haben, zurück begleiten“ könnten. Völlig „human“, natürlich. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/09/97001-20110309FILWWW00647-le-pen-en-desaccord-avec-brunel.php> )

### ***Marine Le Pen auf Frontbesuch an der Südfront der Festung Europa***

Um die Gefahren der sonst drohenden „Invasion“ zu unterstreichen, hält Marine Le Pen sich voraussichtlich zu Anfang kommender Woche in Italien auf: Zunächst trifft sie dort – am kommenden Montag, den 14. März 11 - zu einem Besuch in Rom ein. Am Nachmittag desselben Tages soll es dann aber von dort aus auf die Insel Lampedusa weitergehen. Also dorthin, wo die Boote aus Nordafrika ankommen. (Vgl.

[http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-fn-sur-l-ile-de-lampedusa-en-italie-lundi-08-03-2011-1304057\\_20.php](http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-fn-sur-l-ile-de-lampedusa-en-italie-lundi-08-03-2011-1304057_20.php) ) Sogar die italienische Regierung, eine Rechts-Rechts-

Koalition, hat inzwischen ihre Besorgnis über dieses Besuchsvorhaben ausgedrückt.

Innenminister Roberto Maroni, der selbst der rassistischen Regionalpartei Lega Nord angehört – die man zwar als rechtsradikal einstufen kann, die aber einen stärker

„salonfähigen“ Ruf hat (und nicht verlieren möchte) als bislang der französischen FN –

erklärte, man werde „darüber wachen“, dass „dieser Beruf nicht zu Propagandazwecken

ausgenutzt wird“. (Vgl. [http://www.lemonde.fr/europe/article/2011/03/08/rome-inquiet-de-la-visite-de-marine-le-pen-a-lampedusa\\_1490329\\_3214.html](http://www.lemonde.fr/europe/article/2011/03/08/rome-inquiet-de-la-visite-de-marine-le-pen-a-lampedusa_1490329_3214.html) oder

<http://www.lefigaro.fr/politique/2011/03/07/01002-20110307ARTFIG00650-marine-le-pen-s-invite-a-rome-et-songe-a-lampedusa.php>) Inzwischen wurde jedoch am heutigen

Freitag auch bekannt, dass Marine Le Pen mit einem Europarlamentarier eben jener Lega Nord begleitet werden wird. (Vgl. <http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2011/03/11/marine-le-pen-ira-a-lampedusa-avec-mario-borghesio-de-la-lique-du-nord/>)

Es handelt sich um Mario Borghezio, einen der gefährlichsten rassistischen Fanatiker und Moslemhasser in den Reihen dieser Rassisten- und Regionalpartei. Borghezio ist in Italien

gerichtlich verurteilt worden, weil er in Turin eigenhändig ein Flüchtlingszelt angezündet hatte, vgl. ausführlicher <http://www.trend.infopartisan.net/trd0609/t100609.html> . Am 20. September 2008 hatte er in Köln am, aufgrund des Dilettantismus der Veranstalter total gescheiterten und noch dazu mit massiven Gegenprotesten konfrontierten, Anti-Islam-Kongress der so genannten „Bürgerbewegung Pro Köln/Pro NRW“ unter freiem Himmel teilgenommen. (Vgl. [http://www.labournet.de/diskussion/rechten/allg/koeln\\_schmid.html](http://www.labournet.de/diskussion/rechten/allg/koeln_schmid.html) ) Auch sonst trifft man ihn in Europe des Öfteren dort an, wo Nazipack unter sich weilt (vgl. [http://www.labournet.de/internationales/fr/rechtsextreme\\_11112010.html](http://www.labournet.de/internationales/fr/rechtsextreme_11112010.html) ).

Marine Le Pen lässt sich durch Kritik jedenfalls nicht abhalten, sondern hält eisern an ihrem Besuchsprojekt fest – natürlich just in der Absicht, die Situation auf der Insel propagandistisch auszuschlachten. Erklärte Absicht der FN-Politikerin ist es, lautstark die Schengen-Abkommen zu kritisieren, aufgrund derer seit den neunziger Jahren sukzessive die Grenzkontrollen innerhalb der EU wegfielen und durch Kontrollen an den Außengrenzen der Union (plus anlassbezogene Kontrollen in einem 30-Kilometer-Streifen entlang ihren inneren Grenzen) ersetzt wurden. Letztere genügen laut Auffassung des FN nicht, und Marine Le Pen zufolge wurde die Europäische Union durch diese Abschaffung der Binnen-Grenzkontrollen „durchlässig wie ein Sieb“.

### **Buhlen um Juden**

Ihrer Popularität zu Hause hat es bislang ganz offenkundig nicht geschadet, solch offenkundig mörderische Forderungen wie die nach Ersaufen-Lassen der Auswanderer und Flüchtlinge aus Nordafrika aufzustellen. Unter anderem, weil sie ihre Attacken auf die „etablierte Politik“ doch im Wesentlichen auf die Negativaspekte von deren Sozial- und Wirtschaftspolitik konzentriert und weil sie (anders als ihr Herr Vater) von jeglichem identifizierbarem Antisemitismus die Finger lässt, gilt sie in doch ziemlich breiten Kreisen als Vertreterin einer „normal“ und irgendwie umgänglich gewordenen extremen Rechten. Am kommenden Sonntag (13. März) wird Marine Le Pen nunmehr beim jüdischen Radiosender **„Radio J“** im Studio zu Gast sein. Eine solche Einladung war ihrem Vater, Jean-Marie Le Pen, bisher stets verweigert worden. Manch kundige Beobachter sprachen deswegen sogar von einem „Tabubruch“. (Vgl. <http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2011/03/07/marine-le-pen-sur-radio-j-un-tabou-est-il-tombe/> und <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/08/97001-20110308FILWWW00605-marine-le-pen-invitee-sur-radio-j.php> ) Doch dann kam die Kehrtwende: Am Mittwoch, den 09. März wurde Marine Le Pen dort wieder eingeladen, nachdem nicht wenige französische Juden sich empört gezeigt hatten. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/09/97001-20110309FILWWW00561-radio-j-annule-l-interview-de-le-pen.php> und [http://www.lepoint.fr/societe/sous-la-colere-des-juifs-de-france-radio-j-renonce-a-inviter-marine-le-pen-09-03-2011-1304437\\_23.php](http://www.lepoint.fr/societe/sous-la-colere-des-juifs-de-france-radio-j-renonce-a-inviter-marine-le-pen-09-03-2011-1304437_23.php) sowie [http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/03/09/critique-radio-j-annule-l-interview-de-marine-le-pen\\_1490761\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/03/09/critique-radio-j-annule-l-interview-de-marine-le-pen_1490761_823448.html) )

Zuvor hatte ihre Partei angekündigt, gegen zwei jüdische Organisationen - den Verband jüdischer Studierender in Frankreich (UEJF) sowie das Büro für Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus (BNCVA), welche die Einladung an die rechtsextreme Politikerin kritisiert hatte - Strafanzeige zu erstatten. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/09/97001-20110309FILWWW00551-le-pen-sur-radio-j-plaintes-du-fn.php> ) Ihnen sei „Verleumdung“ vorzuwerfen, da sie am demokratischen Charakter des FN respektive seiner Bekehrung zu

„republikanischen Werten“ öffentlich Zweifel angemeldet hätten. Die Ankündigung der Strafanzeige dürfte zu der Ausladung erheblich beigetragen haben. Auch der französische Zentralrat der jüdischen Einrichtungen CRIF, dessen Führung seit gut zehn Jahren deutlich rechts (im konservativen Bereich) und auf einer strikt pro-israelischen Regierungslinie angesiedelt ist, hatte die Einladung kritisiert.

Der für das „Forum“ von **Radio J** verantwortliche Redakteur Frédéric Haziza rechtfertigte die Annullierung der Einladung mit den Worten, es sei unter den gegebenen Umständen nicht möglich gewesen, das Interview unter guten Bedingungen durchzuführen“. Dennoch erklärte Haziza am gestrigen Donnerstag früh sein „Bedauern“ über die erfolgte Ausladung. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/10/97001-20110310FILWWW00442-le-pen-regrets-du-journaliste-de-radio-j.php> )

Unterdessen wird auf einer pro-israelischen Webseite gleichwohl über eine mögliche Israel-Reise der Politikerin Marine Le Pen in naher Zukunft spekuliert. (Vgl. <http://lessakele.overblog.fr/article-marine-le-pen-c-est-encore-loin-jerusalem-68921858.html>) Bereits im Dezember 2005 hatte Marine Le Pen nach Israel zu reisen versucht, war damals jedoch (infolge von nur kurz zurückliegenden Auslassungen ihres Vaters und damaligen Parteivorsitzenden, Jean-Marie Le Pen) als unerwünschte Person behandelt worden: Es war ihr klargemacht worden, dass sie nicht von Prominenten empfangen würde, sondern alle Politiker ihr dies verweigern würden. (Vgl. <http://www.hagalil.com/archiv/2005/12/le-pen.htm>) Der Front National reagierte im Übrigen auf die Ausladung von Marine Le Pen bei dem jüdischen Radiosender, indem er am gestrigen Donnerstag bekannt gab, einen „Nationalen Zirkel der französischen Juden“ als Satellitenstruktur der Partei (wieder) zu gründen, vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/10/97001-20110310FILWWW00535-le-fn-recree-le-cercle-national-des-juifs.php>

Eine Struktur unter diesem Namen hat früher bereits einmal existiert, seit dem Jahr 1986 und in den 1990er Jahren existiert, unter Anleitung des damaligen FN-Politikers Robert Hemmerdinger. Letzterer ist im Jahr 2004 verstorben. Hemmerdinger, Jahrgang 1918, war ein französischer (elsässischer) Jude, der zunächst Gaullist und gegen Nazideutschland kämpfender Militär im Zweiten Weltkrieg war, dann aber - wie so manche frühere Nazigegner aus den Jahren 1940-44 - während der Kolonialkriege und vor allem in der politischen Konstellation des Algerienkriegs auf die extreme Rechte überschwenkte. 1985 war er der Partei Jean-Marie Le Pens beigetreten, und hatte dies damals u.a. mit den Worten begründet: „Der Feind meines Feindes ist mein Feind! Und meine Feinde, das sind die Palästinenser“; Jean-Marie Le Pen, führte er damals im Wochenmagazin **L'événement du jeudi** aus, sei „der einzige Politiker, der die Schließung des Büros der PLO in Paris fordert.“ Nach dem Ableben Hemmerdingers, der zeitweilig (1992/98) auch im Regionalparlament des Pariser Raums gesessen hatte, war es um seine Struktur völlig still geworden. Jetzt aber möchte der FN, aus (u.a. außen)politischen Gründen und um sich vom Vorwurf des Antisemitismus freizuschwimmen, den „Zirkel“ wiederbeleben. Angeblich soll er zu Hochzeiten 1.000 Mitglieder gehabt haben, doch parteieigene Angaben und Zahlen sind beim FN immer mit hoher Vorsicht zu genießen.

Die jüdische Gemeinde in Frankreich ist weitgehend gespalten. Einerseits gibt es zwar nicht wenig Protest aus ihren Reihen gegen die jüngste Charmeoffensive der rechten Politikerin, und Viele erinnern sich auch an die noch nicht gar zu lange zurückliegenden antisemitischen Tiraden ihres Vaters Jean-Marie Le Pen. (1988 gab er etwa das berühmte Wortspiel



**Durafour-crématoire** von sich: Durafour war der Namen eines jüdischstämmigen sozialliberalen Minister, und **four-crématoire** bedeutet auf Französisch „Verbrennungsofen“.) Von ihnen hat Marine Le Pen sich insofern nie distanziert, als sie bei der Übernahme des Parteivorsitzes - am 16. Januar 11 - deutlich unterstrich, sie stehe zu „dem gesamten Erbe des FN“ und verteidige es. Auch wenn sie andererseits sich nie auf das Terrain des Antisemitismus vorgewagt hat, und sich vom Abspulen historischer Repertoires (offener Antisemitismus, Verklärung des geschichtlichen Faschismus oder Nazismus) strategisch überhaupt nichts verspricht, sondern vielmehr auf eine philosemitische Karte setzt. Ähnlich wie viele deutsche Alt-Nazis in der Nachkriegszeit, die das Anknüpfen von politischen Beziehungen zum Staat Israel als Beleg dafür benutzten, dass sie einen Persilschein verdienten, weil man nun kein Problem mit den Juden mehr habe. Hauptsache, man kann ANSONSTEN in Ruhe Rassist bleiben...

Andererseits, und trotz massiven jüdischen Protests, gibt es auch dieser Bevölkerungsgruppe Anschlussmöglichkeiten für Marine Le Pen. So forderte der berüchtigte Rechtszionist und Anwalt Gilles-William Goldnadel, der u.a. in Frankreich als Strafverteidiger die rassistische Brandschrift „Die Wut und der Stolz“ von Oriana Fallaci im Jahr 2002 - gegen Klagen wegen Volksverhetzung - verteidigte, schon zu Anfang des vorigen Jahrzehnts eine gewisse Milde im Umgang mit „der nationalen Rechten“ (wie er sich ausdrückte). Seit einem verstärkten Rechtsruck in der Leitung des jüdischen Zentralrats CRIF vor nunmehr zwei Jahren gehört Goldnadel auch dessen Vorstand an, wo er eine Rechtsaußenposition einnimmt. Er beklagte die Ausladung von Marine Le Pen mit den Worten, es handele sich um „eine Zügelung des Denkens“ (also eine Gedankenpolizei), um den Ausdruck eines „Mangels an Meinungsäußerungsfreiheit“ und um eine „Verleugnung der Demokratie“. (Vgl. [http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-divise-la-communaute-juive-10-03-2011-1304992\\_20.php](http://www.lepoint.fr/politique/marine-le-pen-divise-la-communaute-juive-10-03-2011-1304992_20.php)) Der Anwalt wies auf das Interview von Marine Le Pen mit dem konservativen Wochenmagazin **Le Point** vom 03. Februar 11 hin, in welchem sie - pflichtschuldig - die Shoah als „Gipfel der Barbarei“ bezeichnete. Insgesamt, präziserte Goldnadel, sei ihm der FN jedoch noch „zu pro-palästinensisch“ (sic).

### ***Marine Le Pen an der Spitze aller Präsidentschaftskandidat/inn/en ?***

Am Samstag, den 05. März 11 wurde eine Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts Louis Harris publik, demzufolge die 42jährige rechtsextreme Politikerin in den Stimmabsichten der Franzosen derzeit die bestplatzierte Präsidentschaftskandidatin wäre. 23 Prozent der Stimmen würde die neue Chefin des FN demnach bei der nächsten Präsidentschaftswahl, die in dreizehn Monaten stattfindet, einsammeln. Je zwei Prozent mehr als Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und die sozialdemokratische Parteichefin Martine Aubry.

Die Umfrage blieb umstritten. So wurde moniert, dass es zwar die Parteichefin Aubry testete, aber nicht den durch die Presse als charismatisch gehandelten, derzeitigen Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn. Auch er trägt sich mit Gedanken an eine Kandidatur für die französische Sozialdemokratie im kommenden Jahr. Am Montag, den 07. März 11 wurde die Umfrage wiederholt, mit Le Pen, Strauss-Kahn und Sarkozy als gewichtigsten Kandidaten. Das Ergebnis: Marine Le Pen schnitt mit 24 % noch höher ab und liegt dabei vor Strauss-Kahn und vor Sarkozy, und die beiden Erstgenannten kämen in die Stichwahl.

Auch diese Umfrage blieb dennoch strittig, unter anderem, weil das Institut die Befragten anscheinend durch eine kleine Bezahlung zur Teilnahme motivierte - was freilich am Ergebnis an sich noch nichts ändern dürfte. Ferner wird moniert, dass die durch die kleine Geldsumme „geköderten“ Umfrageteilnehmer über das Internet kontaktiert wurden: Hätte ein Meinungsforscher in Person vor ihnen gestanden, so lautet die Idee der Kritiker, dann wären die Antworten regelmäßiger ausgefallen. So aber seien eher die „besonders motivierten“ Teilnehmer zu Wort gekommen, weil sie sich stärker beteiligt hätten, unter ihnen rechtsextreme Wähler.

Andere Meinungsforschungsinstitute bestreiten derzeit - im Gegensatz zu Louis Harris -, dass die FN-Chefin auf den ersten Platz bei einer Präsidentschaftswahl kommen könnte. Aber auch bei ihnen liegt Marine Le Pen derzeit oberhalb von 20 Prozentpunkten. So publizierte das Institut IFOP am Mittwoch Abend (09. März) eine andere Umfrage, der zufolge Marine Le Pen als drittstärkste Kandidatin abschneiden würde, falls am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen stattfinden würden, wodurch die FN-Kandidatin nicht in die Stichwahl einzöge. Aber auch dieser Umfrage zufolge würde Marine Le Pen, je nach Konstellation im Hinblick auf die übrigen „schwergewichtigen Kandidaten“ (also je nachdem, wer für die Sozialdemokratie kandidiert), stattliche 21% respektive 22 % der Stimmen erhalten. Vgl. [http://www.lepoint.fr/fil-info-reuters/le-pen-et-strauss-kahn-progressent-selon-un-sondage-ifop-09-03-2011-1304565\\_240.php](http://www.lepoint.fr/fil-info-reuters/le-pen-et-strauss-kahn-progressent-selon-un-sondage-ifop-09-03-2011-1304565_240.php)

Unterdessen konnte Marine Le Pen ihre gesellschaftliche Ausstrahlung noch ausbauen, unter anderem, indem sie einen symbolträchtigen „Fang“ der Öffentlichkeit präsentierten konnte.

### ***CGT-Gewerkschafter und früherer Linken als Kandidat beim Front National***

Jüngst zitierten wir (unter anderem an dieser Stelle:

[http://www.labournet.de/internationales/fr/rechtsextreme\\_3.pdf](http://www.labournet.de/internationales/fr/rechtsextreme_3.pdf)) den rechtsextremen Intellektuellen Alain de Benoist, der die neue Chefin des Front National (FN) – Marine Le Pen – dazu anhielt, ihre „Sozialkritik“ zu schärfen. Sein historisches Projekt besteht offenkundig darin, der politischen Linken und den Gewerkschaften den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

In dieser Hinsicht konnte Marine Le Pen unterdessen einen ersten bedeutenden „Fang“ in den Augen der Öffentlichkeit verzeichnen, und zwar in der ostfranzösischen Region Lorraine (Lothringen). Dort stellte die rechtsextreme Partei als Kandidat zu den Bezirksparlamentswahlen vom 20. und 27. März 11 im Wahlbezirk von Algrange den 31jährigen Fabien Engelman als Kandidaten auf. Dieser ist bzw. war bis vor kurzem der Leiter einer Gewerkschaftssektion der CGT - des „postkommunistischen“ stärksten Gewerkschaftsdachverbands in Frankreich -, konkret einer 23köpfigen Sektion, der die technischen Angestellten (Elektriker, Hausmeister, ...) des Rathauses im lothringischen Nilvange angehören. Die Sektion wurde inzwischen übrigens durch die CGT-Spitze provisorisch aufgelöst, nachdem 20 von 23 Mitgliedern auch nach der Kandidaturerklärung Engelmans für den Front National ihm als Vorsitzendem das Vertrauen ausgesprochen hatten. Daraufhin hat Engelman mit Unterstützung der Partei erklärt, einen Prozess gegen

den Dachverband wegen Verletzung der CGT-Statuten und „politischer Diskriminierung“ führen zu wollen. An der Pressekonferenz, auf der er dies ankündigte, nahmen Prominenten wie die Parteichefin Marine Le Pen und ihr „Vizepräsident“ (& Lebensgefährtin) Louis Aliot teil sowie der Chef der FN-Fraktion im Regionalparlament. Letzterer ist selbst örtlicher Hauptamtlicher des – relativ kleinen und insgesamt eher rechten – christlichen Gewerkschaftsbunds, der CFTC, steht jedoch mit deren Führungsinstanzen im Konflikt.

### **Jetzt auch FO (nicht gänzlich unerwartet, in ihrem Falle..)**

Noch eine weitere Gewerkschaft hatte in den letzten Tagen Probleme mit Mitgliedern, die entweder durch die extreme Rechte gewonnen worden waren oder ab in deren Auftrag Gewerkschaftsverbände zu unterwandern versuchten. FO (**Force Ouvrière**, ungefähr „Arbeiterkraft“), der - populistisch schillernde - drittstärkste Gewerkschaftsbund in Frankreich, sanktionierte am gestrigen Mittwoch, den 09. März eine Regionalfunktionärin in der nordostfranzösischen Region Nord-Pas de Calais. Seine bisherige Regionalbeauftragte für die Zivil-Angestellten der Armee, Annie Lemahieu, Gewerkschaftsmitglied bei FO seit dem Jahr 1980, kandidiert bei den Bezirksparlamentswahlen vom 20. und 27. März dieses Jahres für den FN. Und zwar in Cysoing, in der Nähe von Lille. Am Mittwoch, den 09. März wurde ihr dieses bisherige gewerkschaftliche Mandat entzogen. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/09/97001-20110309FILWWW00614-fo-sanctionne-une-candidate-fn.php> und <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/09/97001-20110309FILWWW00662-une-responsable-fo-sanctionnee.php> )

Am Freitag Vormittag rechtfertigte der Generalsekretär des politisch sehr schillernden Gewerkschafts-Dachverbands FO, Jean-Claude Mailly, den Ämterentzug im Sender RTL. Er gab jedoch keinerlei politisch-inhaltliche Begründung dafür ab, sondern berief sich lediglich darauf, dass das Ausüben wichtiger politischer Funktionen (wie der Zugehörigkeit zum Vorstand einer Partei) oder die Kandidatur zu Wahlen nicht vereinbar sei mit dem Innehaben gewerkschaftlicher Ämter. Als Beleg führte er die frühere trotzkistische Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller an (Mitglied bei FO im Bankensektor, weil die CGT sie zuvor als Links-Abweichlerin ausgeschlossen hatte), welche „jedes Mal, wenn sie zur Wahl antrat, ihre gewerkschaftlichen Mandate zurückgegeben“ hatte. (Vgl. [http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/03/11/fo-sanctionne-une-de-ses-militantes-candidate-fn-aux-cantoniales\\_1491485\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/03/11/fo-sanctionne-une-de-ses-militantes-candidate-fn-aux-cantoniales_1491485_823448.html) ) Eine inhaltliche Begründung für die Unvereinbarkeit von gewerkschaftlichem Engagement und Betätigung für die extreme Rechte suchte man - jedenfalls bei diesem Auftritt - völlig vergeblich. Es würde FO möglicherweise auch den Laden auseinander hauen: In der Vergangenheit erklärten bis zu 19 Prozent derer, die sich in Umfragen als ihre Sympathisanten bezeichneten, dass sie bei früheren Präsidentschaftswahlen (besonders 1995 & 2002) für die extreme Rechte und ihren Kandidaten gestimmt hätten. Und im Jahr 1999 hatte ein regionaler Anführer FO im westfranzösischen Raum Nantes, Alexandre Hébert, einem Parteiorgan des FN - **Français d'abord** - freimütig ein Interview gewährt, was damals jedoch erheblichen Protest hervorrief. (Vgl. <http://www.visa-isa.org/files/ARCHIVES/bisa14.pdf> )

Am gestrigen Donnerstag gab der FN nun auch noch bekannt, dass er einen „Verein zur Verteidigung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern“ - abgekürzt CNDTS - gründet. Es geht dabei im Augenblick im Wesentlichen darum Gewerkschaftsmitgliedern (natürlich

rechtsextremen) juristischen & sonstigen Beistand zu leisten, um selbige gegen „politische Diskriminierungen, die sie seitens ihrer Gewerkschaftsverbände erleiden könnten“, zu verteidigen. (Vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/10/97001-20110310FILWWW00485-le-fn-cree-une-association-de-defense.php> ) Manche Beobachter betrachten diese Struktur allerdings schon als seine Art Keimzelle einer künftigen eigenen, rechtsextremen Gewerkschaft. (Vgl. <http://blog.lefigaro.fr/social/2011/03/le-fn-cree-son-propre-syndicat.html> )

In dieser Hinsicht dürfte der Front National allerdings doch Vorsicht walten lassen. Denn die rechtsextreme Partei verfügte in den Jahren von 1995 bis 1998 bereits einmal über eigene „Gewerkschaften“ - die vor allem im staatlichen Repressionsapparat angesiedelt waren („FN Polizei“, „FN Gefängniswesen“ für die Knastwärter), aber auch etwa bei den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben RATP in Paris & TCL in Lyon gegründet wurden. Bei Letzteren agitierte die extreme Rechte vor allem gegen „Sicherheitsprobleme“, bspw. unter Busfahrern, die bestimmte Linien in den Vorstädten nicht gerne abfahren. Daneben gab es auch eine eigene Liste, unter deren Tarnung sich der Front National (freilich erkennbar) versteckte, unter dem Namen CFNT - „Nationaler Französischer Dachverband der Arbeiter/Werkstätigen“ - zu den landesweiten Arbeitsparlamentswahlen im Dezember 1997. Doch kurze Zeit später war der Spuk vorläufig vorbei, denn ein höchstrichterlicher Beschluss - den die Gewerkschaftsjuristen mit guter Vorarbeit erwirken konnte - verbot am 10. April 1998 diesen rechtsextremen Strukturen, sich als „Gewerkschaften“ zu bezeichnen. Denn es sei die Aufgabe der Gewerkschaften, so die juristische Definition im französischen Arbeitsgesetzbuch, „die individuellen und kollektiven, materiellen und moralischen Interessen der abhängig Beschäftigten zu untersuchen und zu verteidigen“. Dies sei aber mit den Aufgaben einer Struktur, die unter dem Programmtitel *Préférence nationale* („Bevorzugung der Inländer“, bei Arbeit, Sozialleistungen usw.) explizit die Einführung einer rechtlichen und sozialen Diskriminierung propagiere, unvereinbar.

Seitdem, und vor allem auch infolge der großen Parteispaltung des FN im Winter 1998/99, wurde es erst einmal still um diese „Gewerkschafts“gründungen. Später waren organisierte Rechtsextreme, wenn überhaupt, gewerkschaftlich vor allem in den kleineren rechten Dachverbänden tätig wie der CFTC. Der Chef dieses christlichen Gewerkschaftsbunds, Jacques Voisin, wird denn auch am heutigen Tag mit den Worten zitiert: „Wir können unseren Mitgliedern nicht verbieten, dem Front National anzugehören. Aber wir können sie (Anm.: lediglich...) daran hindern, ihre gewerkschaftlichen Ämter für politische Zwecke zu benutzen.“ (Vgl. <http://blog.lefigaro.fr/social/2011/03/le-fn-cree-son-propre-syndicat.html> ) Heute aber scheint die extreme Rechte in der Frage ihrer Gewerkschaftspolitik erneut mächtig in die Offensive gehen zu wollen - und dies durchaus auch mit Blick auf die gewichtigsten Dachverbände, also insbesondere die CGT...

### ***Ausblick & Hintergründe***

Das Verfahren „**Fabien Engemann (& FN) versus CGT**“, das sich spektakulär ankündigt, wird durch den früher einmal linken Anwalt Gilbert Collard - ein hemmungsloser Karrierist, der in den vergangenen Jahren schon andere Rechtsradikale wie Bruno Mégret vertreten hat und heute dem nationalkonservativen Ex-Innenminister Charles Pasqua nahe steht -



geführt werden. (Vgl.<sup>1</sup>) Auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz stellten die Vertreter der extremen Rechten sich als Opfer einer politischen und gewerkschaftlichen Unterdrückung dar, und verglichen das ihnen gegenüber stehende „System“ mit der soeben gestürzten Diktatur unter Präsident Ben 'Ali in Tunesien. Das Ganze wurde garniert mit der Falschbehauptung, dieses sei bis jüngst gerade auch „durch Linke & Gewerkschafter“ unterstützt worden. Dies ist falsch, es waren vielmehr die etablierte Politik und die französische Wirtschaftswelt, die privilegierte Kontakte zum alten Regime unterhielten (...und es gab in Frankreich eine gewerkschaftliche Solidarität mit den sozialen Kämpfen in Tunesien, wie im Bergbaubecken von Gafsa, wo die Revolte während mehrerer Monate im Jahr 2008 andauerte, vgl. u.a. <http://www.trend.infopartisan.net/trd7808/t197808.html> oder <http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t180109.html> ). Doch richtig ist unterdessen, dass die frühere Staatspartei Tunesiens, der RCD, bis am 18. Januar 2011, also vier Tage nach dem Sturz Ben 'Alis, noch der so genannten Sozialistischen Internationale angehörte wie etwa auch die deutsche SPD. Dort hatten die französischen Sozialisten allerdings in den letzten Jahren auch eine sozialdemokratisch orientierte tunesische Oppositionspartei, das FDLT unter Mustafa Ben Jaffar, als „Beobachter“ assoziieren lassen.

Doch damit nicht genug. Denn Fabien Engelmann ist nicht nur Gewerkschaftsmitglied, sondern war auch mehrere Jahre hindurch auf der radikalen Linken aktiv. Sechs Jahre lang gehörte er der trotzkistisch-traditionalistischen, arbeitertümelnden Partei **Lutte Ouvrière** (LO) an. Später schloss er sich circa ein Jahr lang der undogmatischen radikal linken „Neuen Antikapitalistischen Partei“ - dem NPA, **Nouveau Parti Anticapitaliste** - an. Ihm kehrte er nach den Regionalparlamentswahlen vom März 2010, bei denen er auf dem zweiten Listenplatz in seiner Region angetreten war, den Rücken. Im Umfeld der Regionalparlamentswahlen 2010 war der NPA in starke innere Turbulenzen eingetreten (deren politische Gründe zu erörtern an dieser Stelle zu weit führen würde). Einen der Anlässe dafür lieferte die Kandidatur einer Kopftuch tragenden jungen Frau, Ilham Moussaïd, im Bezirk von Avignon, auf die verschiedene Teile der Partei auf höchst unterschiedliche und zum Teil einander diametral entgegen gesetzte Weise reagierten. Die junge marokkanischstämmige Französin trug und trägt ein Kopftuch, betonte aber zum Zeitpunkt ihrer Kandidatur vor einem Jahr gleichzeitig, sie vertrete und unterstütze die Positionen ihrer Partei wie die Selbstbestimmung von Frauen über Schwangerschaftsabbrüche oder die Ablehnung von Diskriminierungen zwischen Hetero- und Homosexuellen. Ihre Präsenz auf der Liste des NPA löste jedoch einen innerparteilichen Wirbelsturm aus, in dem reichlich konträre Positionen (von „Hauptsache, sie vertritt das Programm inklusive der Gleichberechtigung von Frauen, Homosexuellen usw.“ über „Sie trägt ein Symbol, das religiös legitimierte Unterdrückung symbolisiert“ bis hin zu „Wenn sie der Partei beitreten durfte, dann muss sie auch Kandidatin sein dürfen, da es keine Zwei-Klassen-Mitgliedschaft geben kann“) zu Tage traten. Dieser Streit hält übrigens unterschwellig an: Auf dem jüngsten Parteitag des – aus anderen Gründen in der Krise steckenden - NPA im Februar 2011 konnte jedenfalls weder eine angestrebte inhaltliche Einigung noch ein Formelkompromiss zu der Frage erzielt werden. Unterdessen hat die 22jährige Ilham Moussaïd die Partei übrigens im November 2010 verlassen. (Vgl. [http://www.lepost.fr/extrait-du-web/2010/11/25/2317999\\_l-ex-candidate-voilee-quitte-le-npa-de-besancenot.html](http://www.lepost.fr/extrait-du-web/2010/11/25/2317999_l-ex-candidate-voilee-quitte-le-npa-de-besancenot.html) und <http://www.laprovence.com/actu/region-en-direct/ilham-moussaïd-cree-un-nouveau-parti-avec-dautres-ex-npa> )

---

<sup>1</sup> Vgl. ihre gemeinsame Pressekonferenz : <http://gabrielbastian.hautetfort.com/archive/2011/02/26/conference-de-presse-de-fabien-engelmann-et-de-gilbert-colla.html> (Auf einer rechtsextremen Webseite)

Fabien Engelmann zählte zu denjenigen Parteimitgliedern, bei denen diese Affäre die heftigsten Abwehrreaktionen auslöste. Nach den Regionalparlamentswahlen vom März 2010, die aus unterschiedlichen Gründen für die junge Partei (NPA) allgemein ziemlich negativ ausfielen, kehrte er ihr den Rücken.

Daraufhin kam er im Mai 2010 über das Internet in Kontakt mit der islamfeindlichen Publikation **Riposte Laïque** (ungefähr „Die Verfechter des Laizismus schlagen zurück“), die zwar nach außen hin betont säkular auftritt - über die sich jedoch glasklar aussagen lässt, dass jedenfalls in ihrem Falle ihre Islamophobie nur ein notdürftiges Deckmäntelchen für einen sich im Laufe der Zeit intensivierenden Rassismus darstellt. (Vgl.<sup>2</sup>) Über ihre Vermittlung kam er in Kontakt zum Front National. **Riposte Laïque** hat bereits als Katalysator für weitere individuelle Prozesse einer Radikalisierung nach rechts gedient. Einer der wichtigsten Köpfe dieser Publikation und des dahinter stehenden kleinen Netzwerks, Pierre Cassen, kommt selbst historisch aus der radikalen Linken und der CGT: Er gehörte seit den siebziger Jahren der **Ligue Communiste Révolutionnaire** (LCR) - Vorläuferin des NPA - an, die er im Laufe der neunziger Jahre zusammen mit einer Fraktion um François Morvan verließ. Letztere wollte damals unbedingt über die Frage der „nationalen Souveränität“, und ihrer Verteidigung in Abgrenzung von EU und NATO, diskutieren. Pierre Cassen, eine Art französischer Jürgen Elsässer, hat diese Linie beibehalten und in seinem Falle (anders als der auch um reaktionäre Muslime buhlende, deutsche Rot-Braune namens Jürgen Elsässer) um eine sich im Laufe der Jahre in Fanatismus steigernde Islamfeindlichkeit ergänzt. Pierre Cassen gehört ferner bis heute der Druckergewerkschaft der CGT an - und nahm persönlich an der Pressekonferenz teil, auf der Fabien Engelmann seinen künftigen Prozess gegen den Dachverband CGT ankündigte. (Vgl.<sup>3</sup>)

### ***Deutschland: Spinner-Sekte predigt Annäherung an rechtsextreme Parteien in Europa - im Namen eines angeblichen ANti-Antisemitismus***

Unterdessen liest man bei einer Sekte von Halb-, Dreiviertel- und Voll-Verrückten, die sich in deutschsprachigen Landen aus der früheren Linken heraus entwickelt hat, folgendes Lob für rechtsextreme Parteien in Europa: „**Umso erstaunlicher und begrüßenswerter ist es, was auf der rechten Seite passiert. Die Pro-Israel-Haltung, die sich dort breit macht, könnte nicht nur einer Rechten (,) wie wir sie kannten (,) das Ende bereiten.**“<sup>4</sup> Gemeint ist in der zuletzt zitierten Passage die Idee, die der Autor zuvor kundtat, wonach die rechtsextremen Parteien durch ihre Annäherung an den Staat Israel - welche übrigens für die kolonialnostalgischen Rechten in Frankreich seit über 50 Jahren existiert - ihre eigenen völkischen Grundlagen „**unterminiert**“ und deswegen „**nicht der alte Haufen bleiben kann**“. Also warten wir nun alle auf die ganz wunderbare Neuentwicklung beispielsweise der FPÖ in Österreich oder des belgisch-flämischen Vlaams Belang, denn diese Parteien waren dabei, als europäische Rechtsextreme im Dezember 2010 den Staat Israel aufsuchten (vgl. <http://www.trend.infopartisan.net/trd1210/t371210.html>). Und der Text fährt fort:

<sup>2</sup> Vgl. zu dieser Gruppierung näher: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0111/t110111.html> & <http://www.trend.infopartisan.net/trd7810/t307810.html>

<sup>3</sup> Vgl. <http://gabrielbastian.hautetfort.com/archive/2011/02/26/conference-de-presse-de-fabien-engelmann-et-de-gilbert-colla.html>, ab der 15. Minute.

<sup>4</sup> Vgl. <http://redaktion-bahamas.org/aktuell/110121leipzig-dokumentation.html#Text4>

**„Zugleich ist sie (ANm.: die extreme Rechte) es, um es mit Walter Benjamin zu sagen, die sich offensichtlich einer Erinnerung bemächtigt, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Denn im Gegensatz zur Linken scheint sie im Kampf gegen die neue Gefahr an der Seite Israels in erster Linie auf die Verteidigung der Freiheit des Einzelnen und nicht wie die Linke auf das Völkerrecht, also auf das Kollektiv zu setzen. Dieser Unterschied ums Ganze lässt sich in der Jerusalemer Erklärung nachlesen“.** (Vgl.<sup>5</sup>)

Die an dieser Stelle angeführte „Jerusalemer Erklärung“ ist jene Deklaration, welche die beteiligten rechtsextremen Parteien (FPÖ, Vlaams Belang, „Pro Deutschland“, „Schwedendemokraten“) während ihres Aufenthalts im Staat Israel vom 06. bis 08. Dezember 2010 verabschiedet hatten.

Hinzugefügt sei noch, als notwendige Anmerkung, dass die an dieser Stelle zitierte Spinner-Sekte die Begriffe „individuell / individualistisch“ oder „Individuum“ (= positiv) und „kollektiv“ (= grundsätzlich negativ) als ideologische Duftmarken benutzt, um das Gute und das Böse in der Welt jeweils deutlich zu markieren. In diesem Falle gilt also, dass es beispielsweise eine „kollektive“ (= böse) Logik sei, sich für grundlegende Menschenrechte der Palästinenser im Westjordanland einzusetzen - etwa jenes, sich nicht ihre Ernte durch Siedlerfanatiker zerstören zu lassen -, während Soldaten in der israelischen Armee oder in national-religiösem Wahn befangene Siedler unter die Rubrik „Individuen“ fallen. Selten so gelacht...

Man hätte normalerweise Lust, zu sagen: „Träumt weiter, Ihr süßen Spinner!“ Wenn der politische Gesamtkontext in ganz Europa derzeit nicht derart brandgefährlich wäre...

**Bernard Schmid, Paris, 11.03.2011**

---

<sup>5</sup> Im Original nachzulesen unter folgender Adresse: <http://redaktion-bahamas.org/aktuell/110121leipzig-dokumentation.html#Text4>